

Mit der Kraft des Landes: Leben und Wirtschaften in ländlichen Räumen

Die ländlichen Regionen in Deutschland sind unterschiedlich: Manche sind stark industriell oder handwerklich geprägt, manche eher touristisch. Manche beheimaten Unternehmen, die in ihrem Bereich Weltmarktführer sind, in anderen Regionen ist die Steuerkraft gering. Manche sind geprägt durch fast unberührte Naturräume, in anderen dominieren intensiv genutzte Agrarflächen, breit ausgebaute Verkehrswege oder flächenintensives Gewerbe. Sie haben alle ihre eigenen Traditionen, ihre eigene regionale Kultur, ihre eigenen Ideen, Talente und Innovationen.

Die in der öffentlichen Debatte oft vereinfachende Gegensätzlichkeit von Stadt und Dorf hat eine Unwucht. Denn tatsächlich leben die meisten Menschen in unserem Land weder in der Großstadt noch im Dorf, sondern in den Klein- und Mittelstädten in ländlichen Räumen. Und der Ort allein sagt wenig über die Erfahrungen und Biografien der Menschen – auch nicht, ob sich ihre Hoffnungen und Perspektiven überhaupt unterscheiden. Ländliche Räume prägen unser Land, nicht der vermeintliche Gegensatz von Großstadt oder Dorf. Deshalb verdient die Kraft der ländlichen Räume mit ihren kleinen Gemeinden und mittelgroßen Städten mehr Sichtbarkeit - und Unterstützung für Daseinsvorsorge, Infrastrukturen und gesellschaftliche Teilhabe.

So verschieden die ländlichen Regionen unseres Landes sind, sie eint ihre mittelständischen Industrien und das Handwerk sowie der Reichtum ihrer Natur: Wasser und Wälder, Ackerböden und Artenvielfalt, erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe. Hier entscheidet sich, ob wir auf neuen Wegen und mit guten Ideen unseren Wohlstand bewahren. Hier wird auch die Hälfte der Wirtschaftsleistung Deutschlands erbracht. Hier liegt die Kraft des Landes.

Diese Kraft birgt ein riesiges Potential: Mit Erneuerbaren Energien und Klimaschutz lassen sich schwarze Zahlen schreiben. Mit auf Nachhaltigkeit ausgelegten Geschäftsmodellen und neuen Einnahmequellen kann die Wirtschaftskraft in ländlichen Räumen wachsen. Dafür schaffen wir die Grundlagen. Das allein reicht aber nicht aus. Damit ländliche Regionen Heimat für die Menschen bleiben oder zum neuen Zuhause werden, braucht es zuverlässige nachhaltige Mobilitätsangebote, eine gute Gesundheitsversorgung, analoge und digitale Infrastruktur sowie Möglichkeiten des Miteinanders.

Gute Politik hört zu, vertraut auf die Menschen und behält bei den Rahmenbedingungen die Unterschiede zwischen ländlichen Räumen und die Unterschiede zwischen Land und Ballungsräumen im Blick.

Energiewende von unten wird zum Aufbruch für das Land

Der dezentrale Ausbau der erneuerbaren Energien ist eine massive wirtschaftliche Chance für Kommunen, Bürgerinnen und Bürger und ganze Regionen. Und sie können zu einer Renaissance der kommunalen Selbstverwaltung führen.

- Wir wollen, dass die Standortkommunen **von der Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien profitieren und so eigene finanzielle Spielräume zurückgewinnen**. Eigene Mittel stärken die Innovationskraft und die Demokratie vor Ort besser als jedes Förderprogramm. Denn die besten Expertinnen und Experten für das, was vor Ort gebraucht wird, sitzen in den Gemeinden. Mit der Novellierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) haben wir die finanzielle Beteiligung der **Kommunen an den Gewinnen nahegelegener Wind- und Solarparks rechtssicher gemacht und auf Altanlagen ausgeweitet**. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die finanziellen Beteiligungsmöglichkeiten noch besser und stärker aktiv genutzt werden können und in geeigneten Formaten darüber informiert wird.
- Die **Gewerbesteuer bei Windkraft und Solaranlagen** wird nun zu 90 Prozent nach dem Verhältnis der installierten Leistung der Anlagen verteilt. Das Verhältnis der Arbeitslöhne wird nur noch zu zehn Prozent berücksichtigt. Die vorherige Regelung war für die Standortgemeinden nachteilig. Die **Neuregelung** wird sich erstmals 2023 in den Kassen der Standortgemeinden bemerkbar machen.
- Wind- oder Solarprojekte umzusetzen, fordert gerade kleine Gemeinden stark. Mögliche Interessenkonflikte zu moderieren und akzeptable Kompromisse zu finden, ist anspruchsvoll. Beim **Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende** finden die Kommunen dafür professionelle Unterstützung.
- Mit der längerfristigen Förderung von Klimaschutzmanager*innen in den Kommunen helfen wir, das nötige Wissen für die Umsetzung von Klimaschutzkonzepten in den Rathäusern und Landratsämtern zu verankern.
- Damit es nicht nur bei Konzepten bleibt, fördern wir kommunale Investitionen in Klimaschutz und Energieeinsparung großzügig. Damit entlasten wir die kommunalen Haushalte von zukünftigen Energiekosten.

Energie in unserer Hand: Bürgerinnen und Bürger an der Energiewende beteiligen

Wenn Bürgerinnen und Bürger oder Kommunen zu Miteigentümern von Wind- oder Solarparks in ihrer Region werden, verdienen sie mit, so dass mindestens ein Teil des Ertrags in der Region bleibt. Zugleich entscheiden sie mit und sorgen dafür, dass die Interessen der örtlichen Gemeinschaft bei Bau und Betrieb der Anlagen gewahrt bleiben.

- Wir haben deshalb **bürokratische Hindernisse für Bürgerenergieprojekte abgebaut**. Projekte von Bürgerinnen und Bürgern, die z.B. durch Windenergieanlagen selbst erneuerbare Energien in ihre Region bringen, werden bis zu einer bestimmten Größe unkompliziert ohne EEG-Ausschreibung gefördert. So entstehen neue Geschäftsmodelle und Wertschöpfung bleibt in der Region. Ein Anteil der Kosten der Planungs- und Genehmigungsphase kann bei Bürgerwindparks mit Fördermitteln vorfinanziert werden. So wird das Projekt unabhängiger von privaten Kreditgebern. Das vereinfachte Genossenschaftsrecht stärkt diese besonders für kleinere Energieprojekte beliebte Rechtsform, damit auch Bürgerinnen und Bürgern mit geringen eigenen Mitteln daran teilhaben können.
- Wir haben für **alle Bürgerinnen und Bürger auch die Nutzung von Solarenergie einfacher und finanziell attraktiver gemacht** – egal ob auf dem Balkon, dem Dach oder im Garten. Das senkt die Stromrechnung, oft wird auch gleich das eigene E-Auto oder E-Fahrrad günstig geladen. Davon profitiert zudem der Handwerksbetrieb in der Nähe, der die Anlagen installiert.

Erneuerbare Energien: Das Standortargument des 21. Jahrhunderts

- Die Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien wird immer mehr zum Standortfaktor für die Ansiedlung von Unternehmen und bringt dadurch attraktive neue Jobs. Ländliche Regionen bieten dafür ganz besondere Chancen. **Wir entbürokratisieren und beschleunigen die Genehmigungsprozesse für den Bau von Erneuerbaren für Unternehmen, die sich günstig selbst versorgen wollen.** Wir wollen Länder und Kommunen dabei unterstützen, die nötigen Flächen schnellstmöglich auszuweisen und das bundesweite Zwei-Prozent-Ziel für Windkraftflächen zu erreichen.
- Wir unterstützen Kleinunternehmen, wie Pflegedienste und Handwerksbetriebe, beim Umstieg auf saubere Energie oder Energiespartetechnologien. Dafür stehen 100 Millionen Euro aus der „Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft“ bereit. **Das spart Unternehmen in ländlichen Räumen Kosten und stärkt ihre Wettbewerbsfähigkeit.**
- Wir stärken neue **Einnahmequellen und Geschäftsmodelle von Bäuerinnen und Bauern** und haben dabei das knappe Gut Boden im Blick. Die gleichzeitige Nutzung von Flächen für Landwirtschaft und Energiegewinnung (Agri-PV) wird besonders vergütet. Dadurch entstehen zusätzliche Einkommen für Obstbauern, Winzerinnen oder Landwirte. Gleichzeitig können Ertragsausfälle durch Trockenheit und Hitze begrenzt werden. Mit der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2023) haben wir die **Vergütung von Agri-PV-Anlagen erhöht** und diese attraktiver gemacht. Weitere Erleichterungen bringt das Solarpaket I.

Unsere Lebensgrundlagen erhalten: Das rechnet sich

Die Natur um uns herum ist einer der Hauptgründe, warum Menschen sich für ein Leben auf dem Land entscheiden. Die Natur zu erhalten, um sie nutzen zu können, ist tief empfundene Verantwortung. Für den Erhalt unserer Böden, unserer Wälder und unserer Wasservorkommen und für den Stopp des Artensterbens leisten Menschen auf dem Land viel. Ihre Arbeit kommt uns allen zugute. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass sie daraus auch wirtschaftlichen Nutzen ziehen können und dabei unterstützt werden.

- Viele Regionen sind geprägt von Ackerbau und Tierhaltung. Diese Betriebe sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Doch gerade Nutztierbetriebe erleben seit Jahren einen großen Strukturbruch mit sinkenden Absatzzahlen. Was es braucht, sind wirtschaftliche Perspektiven für die Landwirtinnen und Landwirte auf ihren Höfen. Der **zukunftsbeste Umbau der Tierhaltung** ist der Schlüssel, um das Höfesterben zu beenden und die Wertschöpfung in der Landwirtschaft zu sichern. Das Ziel ist klar: Weniger Tiere besser halten, damit Landwirt*innen gute Einkommen erwirtschaften können. Dabei unterstützen wir die Landwirtinnen und Landwirte. Einen wichtigen ersten Schritt sind wir mit der **verbindlichen, staatlichen Tierhaltungskennzeichnung** bereits gegangen. Die Koalition hat damit im Bundestag ein Gesetz verabschiedet, das die Leistungen der Landwirtschaft für den Tierschutz und unser aller Zukunft sichtbar macht. Verbraucher*innen können sich nun bewusst für nachhaltige Haltungsformen entscheiden. Und **Landwirt*innen erhalten eine sichere Perspektive und finanzielle Unterstützung für den erforderlichen Umbau der Ställe**. Als Anschubfinanzierung stellen wir dafür zunächst eine Milliarde Euro zur Verfügung. Doch das ist nur der Anfang. Noch in diesem Jahr werden wir die nächsten Schritte gehen – etwa bei der Kennzeichnung von verarbeiteten Produkten und in der Außer-Haus-Verpflegung, wie etwa der Gastronomie. Im Anschluss werden wir die Erweiterung des Gesetzes auf weitere Tierarten und Lebensphasen der Tiere umsetzen.
- Auch die Lebensmittelwirtschaft ist von einem starken Strukturwandel erfasst, in dessen Folge viele handwerklich geprägte Verarbeitungsunternehmen und Nahversorgungsbetriebe, wie Bäckereien, Fleischereien, Mühlen und Dorfläden, den Betrieb einstellen mussten. Aber gerade in Krisen sehen wir, wie wichtig eine dezentrale Nahversorgung auch in ländlichen Regionen ist. **Regionale Wertschöpfungsketten und eine Ernährungsstrategie, die Vielfalt und Regionalität nach vorne stellt**, sind Teil der Antwort. Wir nehmen kleine Unternehmen in den Blick, wenn es ums Abfedern der hohen Energiepreise geht. Mit der Dezember-Soforthilfe für Gas wurden kleine Betriebe, wie Handwerks-Bäckereien mit Gas-Öfen erheblich entlastet. Rüsten kleine, energieintensive Unternehmen von fossilen Energieträgern auf Strom um, können sie seit Mai 2023 über das Modul "**Elektrifizierung von Kleinst- und Kleinen Unternehmen**" im

Rahmen der Bundesförderung Energieeffizienz in der Wirtschaft eine Förderung erhalten. Der Fördertopf enthält 100 Millionen Euro bis 2025 – ein wichtiger Beitrag zur Sicherung der regionalen Wertschöpfung.

- Im Rahmen der größten Naturschutzoffensive, die es in Deutschland je gegeben hat, stehen im „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ (ANK) bis 2026 vier Milliarden Euro bereit. Ein Großteil der Mittel fließt in ländliche Regionen. Die erste ANK-Förderrichtlinie – **„Natürlicher Klimaschutz in kommunalen Gebieten im ländlichen Raum“** – richtet sich gezielt an ländliche Gemeinden und unterstützt Dörfer und Städte mit 100 Millionen Euro bei der Förderung von naturnaher Begrünung, Wasserrückhalt in der Landschaft, bei der ökologischen Aufwertung der freien Landschaft und der Entsiegelung von Böden. Mit dem Förderprogramm **„Maßnahmen des natürlichen Klimaschutzes in Unternehmen“** des KfW-Umweltprogramms werden Unternehmen zum Beispiel bei der Schaffung und Renaturierung naturnaher Grünflächen und Kleingewässer, der Gebäudebegrünung oder auch dem lokalen Niederschlagsmanagement mit Tilgungszuschüssen gefördert. Die beiden Maßnahmen ergänzen sich, fördern den Klimaschutz und die biologische Vielfalt. Kommunen und Unternehmen arbeiten so Hand in Hand für den Klimaschutz und die Attraktivität des eigenen Ortes. Weitere Maßnahmen und Förderrichtlinien im Rahmen des Aktionsprogramms werden folgen.
- Ein Schwerpunkt des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz ist die **Wiedervernässung von Mooren**. Neben enormen Kohlenstoffsinken entstehen so auch **wirtschaftliche Chancen für die Region, wenn die Weichen richtiggestellt werden**. Der **Anbau nachwachsender Roh- und Dämmstoffe** auf den wiedervernässten Moorböden ist ein wichtiger Zukunftsmarkt, der Innovationen hervorbringen und zur regionalen Wertschöpfung beitragen kann. Der Markt für solche ökologischen Dämmstoffe hat bereits einen Anteil von etwa zehn Prozent an Dämmstoffen und ist beständig im Wachsen.
- Trockenheit und Hitze setzen unsere Wälder großem Druck aus. Besonders Privatwaldbesitzer*innen mit kleinen Flächen und kleineren Kommunen fehlten bisher oft die Mittel, um in den dringend nötigen Wandel hin zu widerstandsfähigeren, vielfältigeren Wäldern zu investieren. Das **Förderprogramm klimangepasstes Waldmanagement** schließt diese Lücke und eröffnet neue Erlösmöglichkeiten für Waldeigentümer*innen. Sie werden dafür finanziell entlohnt, dass sie die für uns alle wichtigen Waldflächen zukunftsfest machen.
- Mit der **Holzbaustrategie** stärken wir die Wertschöpfung, indem Holz aus Waldschäden und dem ökologischen Umbau der Wälder einfacher für den Bau von Holzgebäuden verwendet werden kann. Durch das **Förderprogramm „Klimangepasstes Waldmanagement“**, wofür wir 900 Millionen Euro bis zum Jahr

2026 bereitstellen, werden die Ökosystemleistungen des Waldes in Wert gesetzt und Maßnahmen für die Widerstandfähigkeit des Waldes gefördert. Davon profitieren Waldbesitzende, Betriebe der Forst- und Holzwirtschaft und Handwerksbetriebe in ländlichen Räumen gleichermaßen. Das stärkt die regionale Wertschöpfung und ist gleichzeitig ein besonders nachhaltiges Wirtschaften. Mit der **Novellierung des Bundeswaldgesetz** schaffen wir einen ökologischen Standard, der den vielen Bedürfnisse des Waldes, der Umwelt und des Menschen gerecht wird, **Ökosystemleistungen gezielt fördert und ein nachhaltiges und naturnahes Wirtschaften im Waldökosystem ermöglicht**. Durch die Biomassestrategie zeigen wir, welche Chancen und Grenzen unsere kostbare Ressource Holz hat, welche Maßnahmen sich daraus ableiten und wie ein nachhaltiger und verantwortungsvoller Umgang im Rahmen einer modernen Bioökonomie aussehen wird.

- Wir stärken den Tourismus in ländlichen Räumen, auch durch mehr Natur- und Umweltschutz. Menschen auf dem Land lieben sie, viele engagieren sich für ihren Schutz, Städter sehnen sich danach: Wälder und Felder, Tiere und Pflanzen, Ruhe und Entspannung in intakter Natur. Pflege von Kulturlandschaften, Renaturierung gesunder Wälder, Wiesen und Auen sowie die Förderung von Artenreichtum sind ein wesentlicher Beitrag zur Tourismusförderung. Die **Nationale Tourismusstrategie der Bundesregierung** hat nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Tourismus als Schwerpunkt. Gerade der Landtourismus hat in den vergangenen Jahren einen Aufwuchs erfahren, weil die Menschen den Einklang von aktiver Erholung, der unmittelbaren Erfahrung zum Beispiel von nachhaltiger Lebensmittelerzeugung und dem Erlebnis in der Natur immer mehr schätzen. Durch touristische Angebote wird zusätzlich die regionale Wertschöpfung in anderen Branchen gestärkt, von Gastronomie und Lebensmittelhandwerk bis hin zu Angeboten aus Kultur, Gesundheit, Wellness und Erholung. Auch dazu leistet das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz einen zentralen Beitrag. Für eine dauerhafte und nachhaltige Wertschöpfung durch den Tourismus in ländlichen Räumen ist es auch erforderlich, gute Schienenanbindungen zu ermöglichen, mehr barrierefreie Angebote zu schaffen, Besucher*innen stärker zu lenken und regionenübergreifende Tourismusziele zu erschließen.

Verlässliche Daseinsvorsorge in der Fläche – das Sprungbrett in die Zukunft

Unsere ländlichen Regionen stecken voller Ideen, Unternehmergeist und Tatkraft. Vieles wird selbst angepackt. Damit sich Eigeninitiative und Kraft im ländlichen Raum voll entfalten können, braucht es aber verlässliche Rahmenbedingungen.

- Jeder Euro, den die Gemeinden selbst erwirtschaften, über dessen Verwendung die Gemeinderäte selbst entscheiden können und der mit keiner Förderbürokratie verbunden ist, ist doppelt so viel wert wie ein Euro Fördergeld. Denn freie eigene Mittel schaffen Spielraum für die Umsetzung der eigenen Ideen, unabhängig davon, was in Ministerien als wichtig erachtet wird. Sie stärken die lokale Demokratie. Die **Energiewende in kommunaler Hand** ist deshalb nicht nur ein Klimaschutzprojekt, sondern sie wird die kommunale Selbstverwaltung in den nächsten Jahren wieder deutlich stärken.
- Fördermittel können aber zusätzliche Impulse für Innovationen im ländlichen Raum setzen. Damit sie einen Beitrag zur Angleichung der Wirtschaftskraft und der sozialen Rahmenbedingungen leisten können und auch für kleine Kommunalverwaltungen, kleine Unternehmen oder Gemeinden mit geringen Eigenmitteln zugänglich sind, arbeiten wir kontinuierlich an einer Vereinfachung dieser Programme. Die Eigenanteile, insbesondere für finanzschwache Kommunen, wurden vielfach deutlich abgesenkt. Sie können vielfach auch durch die Einbringung von Eigenleistungen erbracht werden.
- Mit der **Neuausrichtung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“** (GRW) haben wir vorgelegt. Erstmals können neben der Unternehmensförderung auch Maßnahmen der regionalen Daseinsvorsorge gefördert werden, wenn diese zur Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit einer Region beitragen. So kann eine Gemeinde zum Beispiel in den Bau einer Kita oder einer Begegnungsstätte investieren, wenn dadurch der Standort für Fachkräfte attraktiver wird. Wir haben zudem erfolgreich dafür gekämpft, dass die Mittel für regionale Projekte trotz Sparhaushalt erhöht werden. Vor allem Regionen, die strukturellen Nachholbedarf haben, sollen deutschlandweit davon profitieren.
- Die Förderung der ländlichen Entwicklung innerhalb der **Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK)** haben wir für die Bundesländer vereinfacht. Diese Änderungen erleichtern es finanzschwächeren Bundesländern, Bundesmittel aus der GAK in die ländliche Entwicklung zu lenken, so dass die dafür vorgesehenen Bundesmittel besser als bisher ausgeschöpft werden können. Das unbürokratische und deshalb bei kleinen Kommunen sehr beliebte Regionalbudget wurde verlängert. Damit lassen sich kleinere Projektideen schnell verwirklichen. Wir streben weiterhin eine Erhöhung der Mittel für die Förderung der ländlichen Entwicklung im Haushalt des BMEL an, wie wir sie auch im Koalitionsvertrag verankert haben. Im Zuge der vom Bundesfinanzministerium eingeforderten Konsolidierung des Bundeshaushalts mussten jedoch aktuell auch bei der GAK-Kürzungen im Regierungsentwurf vorgenommen werden, auch wenn darüber hinausgehende Kürzungswünsche abgewendet werden konnten.

- Bisher waren Bundesmittel für die Förderung von Kultur und Demokratie auf dem Land über viele Programme unterschiedlicher Ministerien verteilt. Daraus wurden oft kurzlaufende Projekte finanziert. Beantragung und Abrechnung waren aufwendig. Mit dem **Programm "Aller.Land"** gehen wir einen neuen Weg. Mehrere Ministerien finanzieren jetzt gemeinsam **über mehrere Jahre kulturelle Konzepte in ländlichen Räumen, so dass dauerhafte Strukturen geschaffen** werden können. Die Förderbedingungen lassen viel Spielraum für unterschiedliche Ansätze vor Ort. Der Bund macht weniger Vorgaben als früher, weil wir auf die Kraft der Akteur*innen in den ländlichen Räumen vertrauen.

Bezahlbar, zuverlässig überall mobil – auch ohne Zündschlüssel

Jahrzehntelang haben wir erlebt, dass Regionen in Deutschland im wahrsten Sinne des Wortes abgehängt wurden – abgehängt vom öffentlichen Verkehr, weil Schienenstrecken stillgelegt und Busverkehre ausgedünnt wurden. Klar ist auch: Mobilität auf dem Land heißt für viele Menschen in ländlichen Regionen immer noch Auto. Nicht alle können sich ein neues E-Auto leisten oder es ist nachhaltig, den alten Diesel „zu Ende“ zu fahren und später ein gebrauchtes E-Auto zu erwerben. Das gilt auch, weil die alternativen Angebote vielerorts noch nicht ausreichend sind. Deshalb braucht es beides: Weichenstellungen für Alternativen, wie Schiene und ÖPNV, sowie eine echte Antriebswende hin zu E-Mobilität.

- Die Einführung des deutschlandweiten 49-Euro-Tickets durch die Ampelkoalition ist ein riesiger erster Schritt. Denn dort, wo der öffentliche Nahverkehr auf dem Land bereits gut erreichbar ist, war er bislang wegen der längeren Pendelstrecken oft zu teuer und zu kompliziert. **Mit dem 49- Euro-Ticket wird die Bahn für viele erstmals überhaupt zu einer Option für den Alltag.** Regionalbuslinien, die Reaktivierungen von Bahnstrecken und mehr Rufbusse und Sharing-Angebote vor Ort schaffen auch auf dem Land mehr Alternativen abseits vom Auto. Die Ampelkoalition drängt darauf, die Potentiale von Bus und Bahn für den Klimaschutz zu heben. Der für die aktuelle Wahlperiode vorgesehene Pakt von Bund, Ländern und Kommunen für Ausbau und Modernisierung des ÖPNV darf nicht immer weiter verschoben werden, wenn eine zukunftsfeste Finanzierung des Bus- und Bahnverkehrs gelingen soll.
- Die Ampelkoalition leitet bei den Verkehrsinfrastruktur deswegen einen Paradigmenwechsel ein: Erstmals seit Jahrzehnten werden mit dem Haushalt 2024 die **Investitionen des Bundes in die Schiene** jene in die Straße um mehrere Milliarden Euro deutlich übersteigen. Die **Modernisierung des Schienenverkehrs erhält in Deutschland einen neuen Stellenwert.** Die Einnahmen aus der Lkw-Maut werden – wie in vielen anderen Ländern üblich – ab 2024 auch in Deutschland wieder vermehrt in die Schiene fließen.

- **Mit der Bundesförderung für den Ausbau von Mobilitätsstationen – E-Ladestationen, Leihräder, ein Car-Sharing-Angebot – wird hier der Anfang gemacht.** Die Mobilitätsstationen setzen bei der „letzten Meile“ an und machen es attraktiver, für weite Strecken Bus und Bahn zu nutzen und vor Ort auf Sharing-Angebote zurückzugreifen. In strukturschwachen Regionen profitieren Gemeinden mit bis zu 50.000 Einwohner*innen vom Förderprogramm zur Ausweitung von Sharing-Konzepten, mit dem sie auch die Errichtung und den Ausbau von Mobilitätsstationen finanzieren können. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird in Kürze eine Förderung für Modellvorhaben bekannt geben, die Mobilitätsangebote mit Mehrfunktionshäusern kombinieren. Damit es leichter wird, das eigene Fahrrad für den Weg zum Bahnhof und zurück nach Hause zu nutzen, sind sichere Radwegenetze und moderne Abstellanlagen und E-Ladestationen für E-Bikes und Pedelecs von großer Bedeutung. Mit dem Bundesförderprogramm „Fahrradparkhäuser an Bahnhöfen“ wird das Angebot gezielt in den Umlandregionen großer Städte mit hohem Pendleraufkommen verbessert: Mit bis zu 110 Millionen Euro fördert die Ampelkoalition sichere und wettergeschützte Verwahrmöglichkeiten für Fahrräder an Bahnhöfen, damit Menschen bequem mit dem Rad zwischen zu Hause und Bahnhof pendeln und dort auf den öffentlichen Verkehr umsteigen können.
- Auch das Auto wird weiter gebraucht. Der Umstieg auf Elektroautos macht uns unabhängig von Weltmarktpreisen für Öl. Gerade auf dem Land mit oftmals guten privaten Lademöglichkeiten sind die Bedingungen für Elektroauto, E-Bike und Pedelec sehr günstig. Mit der Kombination von Solaranlage, Speicher und Wallbox am eigenen Haus wird aus dem eigenen Dach eine verlässliche und kostengünstige Tankstelle. Die Ampelkoalition legt hierfür aktuell zielgerichtete Förderprogramme auf. Daneben fördern wir den weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur gerade in Klein- und Mittelstädten und abseits der Autobahnen.

Verlässliche Gesundheitsversorgung in der Fläche

- Das bisherige Finanzierungssystem der Krankenhäuser hat zu einem Rückzug der stationären Versorgung aus der Fläche geführt, der sich auch negativ auf das Angebot, etwa an Facharztpraxen oder Nachsorgehebammen, ausgewirkt hat. Diese bisherigen Fehlanreize haben insbesondere die Versorgung in ländlichen Räumen gefährdet. Bund und Länder haben sich gemeinsam auf **Eckpunkte einer Krankenhausreform** geeinigt. Die Reform, über deren gesetzliche Verankerung im Herbst beraten wird, wird die Qualität stärken und falsche ökonomische Anreize überwinden. Sie sichert die Zukunft vieler Häuser und stärkt damit die Daseinsvorsorge auch auf dem Land.
- **Wichtig ist uns, dass sich die Menschen überall in unserem Land auf eine gute und erreichbare medizinische Versorgung wieder verlassen können.**

Ein Ansatz sind **Primärversorgungszentren, die wir mit dem geplanten Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz gesetzlich verankern werden**. Verschiedene Ärzt*innen, Pflegekräfte und Therapeut*innen arbeiten unter einem Dach zusammen und sorgen für kurze Wege für die Patient*innen. Und junge Allgemeinmediziner*innen und Fachärzt*innen müssen in dünner besiedelten Regionen nicht mehr als Einzelkämpfer*innen das gesamte wirtschaftliche Risiko schultern. Vor diesem Hintergrund sehen wir auch neue Berufsbilder, wie die Community Health Nurse, als zukunftsweisend und setzen uns für deren Stärkung ein. Mit dem Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz haben wir ein Programm für Quartiersprojekte auf den Weg gebracht. Damit helfen wir Kommunen, Unterstützungsstrukturen für die Pflege vor Ort auszubauen.

Gute Infrastruktur – überall digital

- Egal ob Mobilfunk, Streaming von Musik und Filmen oder Videokonferenz, eine funktionierende, zeitgemäße digitale Infrastruktur ist ebenso essentiell für die Daseinsvorsorge wie für kulturelle, soziale und wirtschaftliche Teilhabe. Und sie ist eine zwingende Voraussetzung für das Funktionieren von Wirtschaft und Verwaltung. Homeoffice mit digitaler Anbindung kann in zahlreichen Branchen viel Pendelei ersparen und dazu beitragen, dass Menschen unabhängig von ihrer Arbeit dort wohnen und bleiben können, wo sie leben möchten. Die Voraussetzungen dafür sind schnelles Internet und lückenloser Mobilfunk. Mit den **gesetzlichen Mindestanforderungen für das Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten** haben wir die Grundpfeiler gesetzt, um Bürgerinnen und Bürgern eine qualitative Versorgung mit Internet- und Sprachkommunikationsdiensten zu gewährleisten.
- Mit der Förderrichtlinie für den Gigabitusbau vollziehen wir einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung eines flächendeckenden Breitbandausbaus – dort, wo der eigenwirtschaftliche Ausbau der Glasfasernetze nicht von selbst greift, schaffen wir **mit gezielten Fördermaßnahmen Anreize für eine schnelle Entwicklung der digitalen Infrastruktur**. Im Rahmen der parlamentarischen Begleitung der bevorstehenden Vergabe von Mobilfunkfrequenzen engagieren wir uns daher für einen konsequenten Netzausbau in ländlichen Regionen, um Funklöcher in den Mobilfunknetzen zu beseitigen.

Demokratie lebt von unten: Dem Land wieder mehr Freiräume geben

- Die Beratung des Ehrenamts vor Ort durch die Deutsche Stiftung für Ehrenamt und Engagement haben wir durch eine deutliche Erhöhung der Mittel für diese Institution bereits gestärkt. Durch die Erarbeitung der **Engagementstrategie** streben wir **bessere Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engage-**

ment an. Dazu gehören vor allem der Abbau von Bürokratie und damit die Ausweitung von Entscheidungsspielräumen. Zahlreiche Frauen und Männer, Senior*innen und Jugendliche leisten durch ihr Engagement und im Ehrenamt einen großen Beitrag für das gesellschaftliche Zusammenleben, gerade auf dem Land – in Sportvereinen, in der Kirche, für Kultur, bei der Feuerwehr, in Heimat- und Naturschutzvereinen und vielen Initiativen. Ihr wichtiger Einsatz verdient Wertschätzung und Unterstützung. Wir wollen Bürgerbeteiligung vor Ort erleichtern, z.B. wenn es um regionale Entwicklungskonzepte oder Regionalbudgets geht. Die Menschen wollen das eigene Lebensumfeld mitgestalten, dafür sind sie in Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen.

- Im Rahmen der Bund-Länder Gemeinschaftsaufgabe GAK und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) stellen die Bundesländer die konkreten Förderangebote bereit, auch für Dorfläden oder andere Orte der Gemeinschaft. Mit dem Bundesprogramm Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung **BULEplus fördert das BMEL Modell- und Demonstrationsvorhaben, wie etwa Mehrfunktionshäuser**. Mehrgenerationenhäuser, wie sie aktuell durch ein Bundesprogramm gefördert werden, können mit ihren neuen Wohnformen ebenfalls das soziale Miteinander in einer Kommune beleben.

Lebendige Regionen entstehen durch die vielen Menschen, die mit ihrem Engagement gesellschaftlichen Zusammenhalt schaffen. Durch ihre Kraft bleiben Orte lebenswert und liebenswert - für alle. Sie wissen um die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen ihrer Wirksamkeit. Sie wissen, wo es die Unterstützung der Politik braucht. Die Vielfalt der Regionen wertschätzen heißt, ihnen zuzuhören und mit ihnen zu gestalten. Diese aktive Zivilgesellschaft ist der Kern des sozialen Miteinanders und das Rückgrat unserer Demokratie. Sie zu fördern und zu stärken ist Ziel unserer Politik. So besteht eine echte Chance, das Versprechen unseres Grundgesetzes auf gleichwertige Lebensverhältnisse auch einzulösen.